

## **Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven Deutschlands in den neunziger Jahren\***

### **Vorangegangene Prägungen beeinflussen das Handeln und damit die Perspektiven einer Gesellschaft**

Sehen Sie es mir nach, wenn ich als Wissenschaftler an den Anfang meiner Ausführungen über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven Deutschlands in den neunziger Jahren einige theoretische Erwägungen stelle, deren praktische Bedeutung jedoch im weiteren rasch deutlich werden dürfte.

Vorbehaltlich gewissermaßen meteoritenhafter Ereignisse wie unvorhergesehene Vereinigungen, epochale Erfindungen, aber auch ökologische Katastrophen oder Kriege werden die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven eines Gemeinwesens ganz wesentlich vom tagtäglichen millionenfachen Handeln seiner Glieder bestimmt, wobei es sich von selbst versteht, daß dieses Handeln nicht überall gleich folgenreich ist.

Dieses Handeln ist zum einen Ausdruck von mehr oder minder stabilen Prägungen, die das Gemeinwesen im Laufe seiner Entwicklung erfahren hat. Solche Prägungen können mitunter auf ganz konkrete Einflüsse wie historische Geschehnisse oder Religionen, frühere Herrschaftsstrukturen oder aktuelle Politik, Infrastrukturen oder Urbanisierungsgrade zurückgeführt werden. Insoweit sind sie wissenschaftlicher Erkenntnis zugänglich. Allerdings ist dieser Zugang durch den Umstand erschwert, daß solche Einflüsse recht zahlreich und ihre Wirkungen oft unbekannt sind. Hinzu kommt, daß verschiedene Gemeinwesen aufgrund ihrer vorausgegangenen Prägungen spätere identische Einflüsse möglicherweise unterschiedlich aufnehmen und verarbeiten.

Zum anderen ist jenes millionenfache Handeln in einem Gemeinwesen Ausdruck von Spontaneität, Irrationalität und Emotionen, kurz Ausdruck dessen, was verkürzt als individuelle Freiheit bezeichnet wird. Dieses Handeln sowie die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven, die aus ihm erwachsen, sind von der Wissenschaft nur sehr bedingt erhellbar.

Die Wissenschaft ist also darauf beschränkt, konkrete Einflüsse auf die Denk- und Anschauungsweisen der Glieder eines Gemeinwesens zu benennen und zu beschreiben und nach Möglichkeit deren Wirkung sowie deren Verarbeitung durch

das Gemeinwesen zu klären. Erst dann kann sie versuchen, Aussagen über das voraussichtliche Handeln dieses Gemeinwesens und dadurch – mittelbar – über dessen vermutliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven zu treffen.

Dies vorausgeschickt, möchte ich nunmehr auf einige dauerhafte und einige flüchtige, einige historische und einige aktuelle Einflüsse eingehen, von denen anzunehmen ist, daß sie die Denk- und Anschauungsweisen der Bevölkerung in den neunziger Jahren mitprägen, auf diese Weise deren Handeln beeinflussen und so auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven Deutschlands einwirken werden.

### **Deutschland liegt nicht in der Mitte Europas**

An erster Stelle möchte ich auf Einflüsse hinweisen, die so selbstverständlich erscheinen, daß sie vielleicht gerade deshalb oft unerwähnt bleiben. Dabei ist ihre Bedeutung kaum zu überschätzen: die Einflüsse, die von der geographischen Lage Deutschlands auf das Verhalten seiner Bewohner ausgehen.

Die Deutschen erfreuen sich angenehmer klimatischer Bedingungen und einer reizvollen Topographie. Ihr Land hat freien Zugang zu den Weltmeeren und liegt dennoch zentral. In der Vergangenheit war diese zentrale Lage gelegentlich Anlaß für Spannungen und Konflikte. Für die neunziger Jahre sind von ihr eher Vorteile zu erwarten. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß die Deutschen ihre zentrale Lage nicht mit der Mitte Europas gleichsetzen. Denn von der Mitte Europas sind sie weit entfernt. Dies immer wieder verkannt zu haben, gehört zu den verhängnisvollsten Fehlern in der deutschen Geschichte, für den sowohl die Deutschen als auch ihre Nachbarn teuer bezahlt haben.

Die Mitte Europas liegt weit östlich von Deutschland, etwa am Ostrand der baltischen Staaten, Polens und der Slowakei, etwa in der Gegend, die vom 25. Längengrad bezeichnet wird, dort, wo sich seit Jahrhunderten lateinisches und byzantinisches, westliches und östliches Fühlen, Denken und Handeln befruchten und durchmischen. Um Brücke und Bindeglied zwischen West- und Osteuropa zu sein, fehlen Deutschland also nicht nur die geographischen, sondern auch die historischen und kulturellen Voraussetzungen. Es muß deshalb bedenklich stimmen, wenn Deutschland jetzt trotzdem wieder gegenüber Osteuropa, konkret gegenüber der GUS, Hilfszusagen in Größenordnungen macht, die zwanzigmal so hoch sind wie jene Frankreichs, zehnmal so hoch wie jene der USA und mehr als doppelt so hoch wie jene aller OECD-Staaten zusammengenommen. Der Weg, der hier beschritten worden ist, kann von Deutschland schwerlich bis zu Ende

gegangen werden. Enttäuschungen auf der östlichen und Irritationen auf der westlichen Seite sind fast unvermeidlich.

### **Deutschland ist das Kernstück Westeuropas**

Deutschland ist aufgrund seiner geographischen Lage für eine andere Aufgabe prädestiniert: Es bildet das Kernstück *Westeuropas*. Hier hat es neun Nachbarn, mehr als jedes andere Land – Slawen, Romanen und Germanen. Ihnen ist es Brücke und Bindeglied, mit ihnen muß es zusammenarbeiten und sich entwickeln. In der Tat trägt Deutschland für die Entwicklung *Westeuropas* große Verantwortung unter anderem auch die, daß sich die Westeuropäer gemeinsam aufrufen, Osteuropa jene Hilfe zuzukommen zu lassen, ohne die Frieden und Stabilität auf diesem Kontinent auf Dauer nicht zu gewährleisten sind. Von der Verinnerlichung dieser Einsicht hängen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven Deutschlands entscheidend ab.

### **Die einheimische deutsche Bevölkerung vergeist und nimmt zahlenmäßig zügig ab**

Diese Relativierung der deutschen Position ist umso zwingender als Deutschland mit seinen 357.000 km<sup>2</sup> selbst nach den kleinräumigen Maßstäben Westeuropas ein nur mittelgroßes Land ist – erheblich kleiner als Frankreich oder Spanien. Zwar ist es mit rund 80 Millionen Einwohnern dennoch das weitaus bevölkerungsreichste. Doch die Bevölkerung ist alt. Sie gehört zu den ältesten in Europa und der Welt. Noch in diesem Jahrzehnt werden die Deutschen im statistischen Mittel fast 50 Jahre alt sein, wird der Anteil der über 60jährigen den Anteil der unter 20jährigen an der Wohnbevölkerung überschreiten. Eine Folge dieser Entwicklung ist der stete Anstieg an Soziallasten, der Aufwendungen für Alteneinkommen sowie Kranken- und Pflegekosten, der – jetzt beginnend – die deutsche Volkswirtschaft bis weit in das nächste Jahrhundert Jahr für Jahr stärker belasten wird. Die hier anstehenden Veränderungen werden an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen.

Eine weitere Folge des hohen Durchschnittsalters der einheimischen deutschen Bevölkerung ist ihr zügiger zahlenmäßiger Rückgang. Gegenwärtig nimmt sie jährlich um etwa 100.000 Menschen ab, also um die Einwohnerzahl von Städten wie Ingolstadt oder Dessau. Gegen Ende dieses Jahrzehnts wird der jährliche Rückgang schon den Einwohnerzahlen von Städten wie Mannheim oder Magdeburg

entsprechen, das heißt bei 300.000 liegen. Nach der Jahrhundertwende wird sich dieser Rückgang weiter auf jährlich bis 500.000 Menschen erhöhen.

Die Bevölkerungslücken, die hier entstehen, werden in den neunziger Jahren noch weitgehend durch deutschstämmige Zuwanderer aus Mittel- und Osteuropa, deren Gesamtzahl auf etwa 2,5 Millionen beziffert wird, geschlossen werden. Darüber hinaus werden Engpässe auf dem Arbeitsmarkt, die sonst in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auftreten müßten, durch die faktische Halbierung der Streitkräfte gemildert werden. Akute demographiebedingte Probleme dürften mithin in den neunziger Jahren allenfalls vereinzelt auftreten.

### **Demographiebedingten Störungen von Wirtschaft und Gesellschaft muß jetzt vorgebeugt werden**

Dennoch sollte sich niemand beruhigt zurücklehnen. Der zügige Alterungsprozeß der einheimischen Bevölkerung und ihr rascher zahlenmäßiger Rückgang erfordern vielmehr, *jetzt* die Strategien zu entwickeln, die im Laufe dieses Jahrzehnts wirksam werden müssen, wenn im nächsten Jahrzehnt empfindliche demographische Störungen vermieden werden sollen. Dabei ist vor allem an zwei Bereiche zu denken: Erhaltung und Förderung der Wirtschaftsproduktivität und Bevölkerungspolitik.

Die (west-)deutsche Wirtschaftsproduktivität ist im europäischen und Weltmaßstab überdurchschnittlich hoch. Ursächlich hierfür ist einmal die gute Qualifikation der Erwerbsbevölkerung und zum anderen die hohe Kapitalintensität ihrer Arbeitsplätze. Wenn nun demographische Einbrüche bei der Erwerbsbevölkerung zumindest teilweise durch die Steigerung ihrer Produktivität aufgefangen werden sollen, wird die Qualifikation der Erwerbsbevölkerung und die Kapitalintensität ihrer Arbeitsplätze weiter erhöht werden müssen. Für beides ist Anlaß und Raum.

### **Die deutsche Erwerbsbevölkerung muß noch besser qualifiziert werden**

Die Qualifikation der deutschen Erwerbsbevölkerung, die sie im internationalen Vergleich besonders produktiv sein läßt, konzentriert sich nämlich im wesentlichen auf den gewerblichen Bereich. Hier nimmt Deutschland eine Spitzenstellung ein. Weit weniger glanzvoll nehmen sich hingegen die Bereiche Schule und Hochschule aus. Sie sind im internationalen Vergleich nur noch Mittelmaß, ungeeignet, die Erwerbsbevölkerung auf jene Anforderungen hinreichend vorzu-

bereiten, die künftig zu bewältigen sein werden. Eine wirkliche Reform des deutschen Bildungswesens, der deutschen Schulen und Hochschulen ist überfällig, und zwar in ganz Deutschland.

### **Die Kapitalintensität der Arbeitsplätze muß erhöht werden**

Nicht weniger heikel ist die Erhöhung der Kapitalintensität der Arbeitsplätze in Deutschland. Dabei geht es weniger um die Kapitalausstattung neuer Arbeitsplätze, die in der Regel gut ist. Das Problem sind die vielen inzwischen veralteten Arbeitsplätze, die sich keineswegs nur im Osten, sondern auch im Westen befinden. Wie in fast allen entwickelten Industrieländern ist auch in Deutschland die Investitionsquote seit den siebziger Jahren deutlich gesunken. Bislang war das hinnehmbar. Im Blick auf die demographische Entwicklung – und nicht nur im Blick auf die Bedürfnisse der neuen Bundesländer, über die noch zu sprechen sein wird – muß dieser Trend jedoch umgekehrt werden. Überdurchschnittliche Produktivität pro Erwerbperson erfordert überdurchschnittliche Investitionen. Und überdurchschnittliche Investitionen setzen überdurchschnittliche Gewinne voraus. Dieser Gleichung können sich auch Gewerkschaften und Regierungen nicht entziehen, wobei die Gewährleistung von Verteilungsgerechtigkeit sicher nicht aus den Augen verloren werden darf.

### **Eine konsequente Bevölkerungspolitik ist unvermeidlich**

Die zweite Strategie, die nunmehr entwickelt werden muß, ist eine konsequente Bevölkerungspolitik. Bisher war schon der Begriff aufgrund seines Mißbrauchs im Dritten Reich tabuisiert. Dieses Tabu können sich die Deutschen jetzt nicht mehr leisten. Handlungsbedarf besteht vor allem in drei Bereichen:

Erstens muß die Verteilung der Kinderlasten neu geregelt werden. Es geht nicht an, einer Bevölkerungsmindertheit schwerpunktmäßig die wirtschaftlichen Lasten von Kindern aufzuerlegen und dann deren ökonomischen Nutzen zu kollektivieren. Ansätze für Verbesserungen sind erkennbar, sie können und müssen ausgebaut werden.

Zweitens werden die Deutschen, wie die Völker anderer entwickelter Industrieländer, ihre Vorstellungen von „Alter“ revidieren müssen. Es ist ein Paradox unserer Zeit, daß mit sprunghaft steigender Lebenserwartung und sich sprunghaft verbesserndem Gesundheitszustand der Bevölkerung – 70jährige weisen heute die gleichen physischen und psychischen Befunde auf wie 60jährige vor zwei Jahrzehnten – das gesellschaftlich normierte Ende der Erwerbsfähigkeit immer weiter

vorgezogen wird. Schon ist die Altersgrenze von 60 gefallen, der Marsch auf die 55 hat eingesetzt. Hier hat sich eine Schere zwischen objektiver und gesellschaftlich normierter Erwerbsfähigkeit geöffnet, die nun wieder geschlossen werden muß.

Aber auch dann wird Deutschland nicht umhin kommen, drittens, im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft eine unmißverständliche Einwanderungspolitik zu formulieren. Denn Deutschland wird mit oder ohne eine solche Politik in den nächsten Jahren endgültig zu einem Einwanderungsland werden, und es wäre falsch, diesen Sachverhalt zu verdrängen. Allerdings sollte sich niemand irgendwelchen Illusionen darüber hingeben, was es heißt, ein Einwanderungsland zu sein. Die Leichtigkeit, mit der dieses Thema bisher hierzulande erörtert wird, ist völlig unangemessen. Denn die Risiken von Einwanderungsländern sind groß und ihre Chancen ungewiß. Dies offenbaren inzwischen selbst so klassische Einwanderungsländer wie die USA oder Kanada. Aber die Risiken werden nicht geringer und die Chancen nicht gewisser, wenn Deutschland, dessen eigene Bevölkerung bei einer explodierenden Weltbevölkerung dahinschwindet, keine klaren Konzepte entwickelt.

### **Regionale Identitäten sind in Deutschland stark ausgeprägt**

Ein weiterer Faktor, der die Denk- und Anschauungsweisen der Menschen dieses Landes in den neunziger Jahren sehr wahrscheinlich prägen wird, sind die Regionalisierung dieses Landes oder genauer, die ausgeprägten regionalen Identitäten seiner Menschen. Als fast alle europäischen Nationen bereits festgefügt waren, tief im 19. Jh., führten Preußen und Sachsen, Hannoveraner und Bayern noch blutige Kriege gegeneinander, um ihre Identitäten gegeneinander abzugrenzen und zu verteidigen. Dabei waren alle, die da um ihre Identitäten rangen, janusköpfig. Das eine Gesicht hatten sie Deutschland, das andere ihren Nachbarn zugewandt. Rheinländer und Westfalen hatten Frankreich, Belgien und die Niederlande, Badener und Württemberger Frankreich und die Schweiz im Blick, die Bayern Österreich und Italien, die Sachsen Polen und Böhmen, die Brandenburger und Pommeraner Polen und Skandinavien, die Niedersachsen, Holsteiner und Friesen Skandinavien und England. Mitunter waren diese Außenorientierungen fester als die Bindung an Deutschland. Immer wieder gab es Allianzen Deutscher mit ausländischen Staaten, die bis heute ihre Spuren hinterlassen haben.

Die nationale Einheit der Deutschen kam deshalb nicht nur spät, sie war vielerorts auch weniger emphatisch als dies ein nationalstaatliches Phantos im Nachhinein glauben machen wollte. Wann immer der Zentralstaat Schwächen zeigte, regten sich regionale Eigenständigkeiten: nach dem Ersten Weltkrieg vor

## **Wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven Deutschlands**

allem im Westen und Süden, nach dem Zweiten Weltkrieg in ganz Deutschland. Und nicht zu vergessen ist auch die Selbstverständlichkeit, mit der in der Endphase der DDR das Grün-Weiß Sachsens oder der rote Adler Brandenburgs fast über Nacht auf den Straßen erschien und die Menschen schon hinter sich scharte als von nationaler Einheit noch gar keine Rede war.

120 Jahre lang waren diese regionalen Identitäten überlagert von einem zweiten und einem dritten deutschen Reich sowie einer Weimarer, einer Bundes- und einer Deutschen Demokratischen Republik. Nun aber dürfte der Zeitpunkt gekommen sein, da sich durch die Vergrößerung der Bundesrepublik um 40 Prozent ihres früheren Territoriums und 25 Prozent ihrer bisherigen Bevölkerung erneut Handlungs- und Gestaltungsräume öffnen, in denen jene tiefwurzelnden regionalen Identitäten – in Generationen geläutert und abgeklärt – erneut Bedeutung gewinnen könnten. Dabei wird sich auch zeigen, welche unterschiedlichen Entwicklungen die deutschen Regionen spätestens seit dem Beginn der Industrialisierung durchlaufen haben.

### **Der Westen ist historisch der entwickeltere Teil Deutschlands**

Von Anfang an hatte der Westen Deutschlands das leichtere Los gezogen. So waren hier die Ideen der französischen Revolution, aber auch konstitutionelles und selbst freiheitlich demokratisches Gedankengut schon weit verbreitet, als davon in weiter östlich gelegenen Regionen noch nichts zu spüren war.

Ebenso ungleichzeitig verlief die industrielle Erschließung Deutschlands. Den Vorsprung, den der Westen in diesem Bereich erlangte, vermochte der Osten nie wirklich aufzuholen. Eine Ausnahme bildete einzig das Königreich Sachsen. Nur ihm gelang es schon frühzeitig, mit den entwickeltesten Gebieten im Westen Schritt zu halten und sich zeitweilig sogar an die Spitze der Bewegung zu setzen.

An dieser Ballung wirtschaftlicher Dynamik und relativer materieller Wohlhabenheit im deutschen Westen und Südwesten sowie in Sachsen änderte sich bis zum Zweiten Weltkrieg nur wenig. Gewisse Verschiebungen der Gewichte traten lediglich durch den Ausbau Berlins zur Reichshauptstadt ein, die im wesentlichen zu Lasten des Westens aber auch Sachsens gingen.

### **Die DDR umfaßte neben dem wirtschaftlich starken Sachsen die wirtschaftlich schwächsten Gebiete Deutschlands**

Infolge des Zweiten Weltkriegs wurden die wirtschaftlich schwächsten, aber auch einige mittelstarke und vor allem rohstoffreiche Gebiete im Osten Deutschlands

abgetrennt und deren Bevölkerungen in den Westen vertrieben. Zwischen Elbe und Werra, Oder und Neiße entstand ein Staat, in dem sich das traditionell besonders starke Sachsen mit den wirtschaftlich schwächsten Regionen des verbliebenen Deutschlands wiederfand. Alle gemeinsam waren einem harschen Besatzungsregime unterworfen, was unter anderem bewirkte, daß schon 1950 das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in der DDR nur noch halb so hoch war wie in der Bundesrepublik.<sup>1</sup>

### **In der Bundesrepublik waren die traditionell starken Regionen weitgehend unter sich**

Im Westen waren hingegen die traditionell starken Wirtschaftsregionen, die während langer Zeiträume die östlichen Gebiete erheblich unterstützt hatten, nunmehr weitgehend unter sich. Bayern als das relativ schwächste Glied dieser Kette holte dank günstiger Umstände und einer geschickten Wirtschaftspolitik rasch auf, so daß der Westen bereits zu Beginn der fünfziger Jahre seine Wirtschaftsleistungen aus der Vorkriegszeit einstellen und kurze Zeit später sogar überbieten konnte. 1953 erklärte Ludwig Erhard den kriegsbedingten Wiederaufbau der Bundesrepublik für abgeschlossen, was im Klartext bedeutete, daß das frühere Wirtschaftspotential wieder hergestellt war. Die weitere Entwicklung beider deutscher Staaten darf als bekannt unterstellt werden, obgleich einige Anmerkungen hilfreich sein könnten.

### **Der Osten beeindruckte in den fünfziger Jahren durch seine wirtschaftlichen Leistungen**

Die DDR sollte von der Sowjetunion siegen lernen. Dies war nicht nur ein Slogan, sondern ein Programm. Mit einigen Modifikationen wurde die sowjetische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eingeführt, deren Schöpfer davon überzeugt waren, sie sei dem kapitalistischen System nicht nur ethisch-moralisch, sondern vor allem auch ökonomisch überlegen.

Daß diese Überzeugung nicht ganz grundlos war, zeigt ein Blick in die westliche Wirtschaftsliteratur der fünfziger und sechziger Jahre, in der beispielsweise Chruschtschows Aukündigung, das sozialistische Lager werde das kapitalistische binnen zwanzig Jahren wirtschaftlich überflügeln, durchaus ernstgenommen wurde. Nicht zuletzt deshalb wurde damals unter anderem das volkswirtschaftliche Rechenwerk des Westens so umgestellt, daß Veränderungen in der relativen Position des Westens zum Osten schneller und genauer erkennbar waren.

Denn der Osten beeindruckte nicht nur rhetorisch. Zwar wuchs von 1950 bis 1960 das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik um insgesamt stattliche 95 Prozent. Aber auch in der DDR erhöhte sich – wenn auch auf sehr viel niedrigerem Niveau – das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Wohnbevölkerung um immerhin 53 Prozent. Dieser Anstieg war umso bemerkenswerter als die DDR nicht nur zu einem erheblichen Teil aus den wirtschaftsschwächsten Regionen Deutschlands bestand, sondern darüber hinaus in jener Zeit auch noch mit der massenhaften Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte zu kämpfen hatte.<sup>2</sup>

### **Erst in den sechziger Jahren hängte der Westen den Osten uneinholbar ab**

Keineswegs schon in den Wirtschaftswunderjahren des Westens, sondern erst einige Zeit später wurde der Osten vom Westen in der wirtschaftlichen Entwicklung uneinholbar abgehängt. Der Osten – nicht nur die DDR – versuchte damals geradezu verzweifelt, den sich ständig weitenden Abstand zum Westen nicht noch größer werden zu lassen und nach Möglichkeit zu verkürzen. Ohne Rücksicht auf die Folgen wurden um weniger Wachstumsprozente willen natürliche, künstliche und humane Ressourcen in riesigem Ausmaß vergeudet. Die wirtschaftlichen Erfolge dieser Politik blieben jedoch gering. Als die DDR 1990 ansetzte, war ihr Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt auf knapp ein Drittel des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts der Bundesrepublik gefallen. Noch dürftiger waren die Ergebnisse in den anderen sozialistischen Ländern.

Diese Entwicklung, die ganz wesentlich zum Zusammenbruch des sozialistischen Lagers beitrug, wird gemeinhin auf eine inhärente ökonomische Überlegenheit der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ordnung gegenüber dem zentralistisch-planwirtschaftlichen System zurückgeführt. Falsch ist diese Erklärung nicht. Aber sie ist doch so verkürzt, daß sie nicht bis zum Kern des Problems vordringt: den Menschen. Denn es waren Menschen und nicht Systeme, die in den zurückliegenden Jahrzehnten miteinander konkurrierten. Um zu verstehen was den Osten und den Westen so weit auseinanderführte – und die wirtschaftliche Kluft ist hier nur ein Indikator – ist deshalb zu klären, was sich in jener Zeit in den Köpfen der Menschen ereignete. Diese Klärung ist umso bedeutsamer, als sie die künftigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven Deutschlands erhellen könnte.

## **Der Grund für die wirtschaftliche Überlegenheit des Westens ist ein tiefgreifender Bewußtseinswandel**

In der Mitte dieses Jahrhunderts ereignete sich in weiten Teilen der sogenannten freien Welt – aus Gründen, die darzustellen hier kein Raum ist – ein Bewußtseinswandel, der teilweise radikal veränderte Denk- und Anschauungsweisen, Verhaltens- und Handlungsmuster sowie Bedürfnis- und Wertpräferenzen einschloß. Ausmaß und Tiefe dieses Wandels wurden damals noch nicht einmal dort begriffen, wo er sich ereignete. Seine gewaltsamen Manifestationen in den sechziger Jahren wurden deshalb verbreitet mit Erstaunen und Unverständnis aufgenommen.

Völlig varkummt wurde er jedoch im sozialistischen Lager. Fixiert auf die Vorstellung, daß das Sein das Bewußtsein bestimme, wurde jener Bewußtseinswandel im Westen, da er sich zunächst nur schwach in Seinsänderungen niederschlug, überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. So entging es dem Osten, daß der Gegner, gegen den er zunächst mit einigem Erfolg angetreten war – der Kapitalismus des 19. Jh. – still aus der Bahn getreten und durch einen anderen ersetzt worden war, der zwar noch ähnliche Kleidung trug, sich aber im übrigen weitgehend von seinem Vorgänger unterschied. Gegen diesen Herausforderer hatte das sozialistische Lager keine Chance mehr.

### **Im Sozialismus wurden überholte Denk- und Handlungsmuster konserviert**

Oder weniger metaphorisch: Der Kapitalismus förderte einen Bewußtseinswandel, den der real existierende Sozialismus zwar nicht völlig ausschloß, aber doch hemmte. Faktisch wurde dadurch im sozialistischen Lager viele jener Denk- und Anschauungsweisen, Verhaltens- und Handlungsmuster sowie Bedürfnis- und Wertpräferenzen – ganz im Sinne Hegels, aber auch Marx' – „aufgehoben“, die während einer bestimmten historischen Phase dominiert hatten. Indem durch den real existierenden Sozialismus eine konkrete historische Erscheinungsform des Kapitalismus überwunden werden sollte, wurde sie auch konserviert. Die historische Fixierung der sozialistischen Doktrin wurde so zu einem Bumerang, der sie letztlich selbst erschlug. Dem Westen, der sich zum Kapitalismus bekannte, war es hingegen ein Leichtes, nicht nur dessen historische Erscheinungsformen, sondern auch die mit ihnen verbundenen Bewußtseinslagen hinter sich zu lassen.

### **West und Ost haben heute keine gemeinsame Grundlage mehr, auf der aufgebaut werden kann**

Diese Einsicht ist in sofern wichtig als die mentalen Unterschiede, die heute zwangsläufig zwischen West und Ost bestehen, nicht einfach dadurch überwunden werden können, daß der Osten zum gemeinsamen, bekannten Ufer zurückrudert, das er vor Jahrzehnten verlassen hat. Denn dieses Ufer ist auch vom Westen längst verlassen worden, und zwar viel weiter als vom Osten. Und da es im Westen nicht die geringste Bereitschaft gibt zurückzukehren, können sich Ost und West nur treffen, wenn entweder der Osten dem Kurs des Westens folgt oder beide gemeinsam ein neues Ziel ansteuern.

### **Über den Geist des Westens**

Folgt der Osten dem Westen, muß er vor allem jenen Bewußtseinswandel nachvollziehen, der zu Beginn der zweiten Jahrhunderthälfte den Westen revolutionierte: Er muß einen extremen Individualisierungsprozeß durchlaufen, er muß die Maximen des Wettbewerbs in allen ihren Erscheinungsformen verinnerlichen, er muß stets großräumig und zugleich kurzfristig optimieren, er muß sich einem ausgefeilten Zeit- und Kostenbudget unterwerfen, er muß sich extrovertieren und vermarkten, er muß allem und jedem gegenüber zu Veränderungen bereit sein, er muß alles in Frage stellen, aber insbesondere muß er in der Mehrung materieller Güter zu einem Gutteil den Sinn menschlicher Existenz sehen.

Daß ein Leben in diesem Geiste, im Geiste immer und überall die Nummer 1 zu sein, seinen Preis hat, ist verständlich. Und verständlich ist auch, daß dieser Preis von den Menschen im Osten solange unterschätzt wurde als sie das Leben im Westen nur aus der Ferne miterlebten. Jetzt, wo sie diesem Leben näher gekommen sind, schrecken manche vor seinem Preis zurück.

### **Die neuen Bundesländer haben gegenüber den alten ein Vermögensdefizit von 2000 Milliarden DM**

Doch dies ist der Geist, der den Westen binnen einer Generation auf ein historisch einmaliges Wohlstandsniveau katapultierte.

Oder umgekehrt: Wären die Menschen in der DDR – von ihren historischen Benachteiligungen einmal abgesehen – in den zurückliegenden 45 Jahren den gleichen Weg wie die Menschen in der Bundesrepublik gegangen, wäre ihr Volksvermögen heute annähernd sechsmal so groß wie es tatsächlich ist, betrüge

es nicht nur reichlich 400 Milliarden DM, sondern gut 2,3 Billionen DM.<sup>3</sup> Mit anderen Worten: Wollte eine gute Fee über Nacht in Ost- und Westdeutschland die gleichen materiellen Bedingungen herstellen, müßte sie für jeden Bewohner der neuen Bundesländer zusätzlich öffentliche und private Güter im Werte von etwa 130.000 DM, insgesamt also im Werte von knapp zwei Billionen DM zaubern. Freilich wären auch dann noch nicht entgangene Lebensgenüsse wie das Bewohnen schöner Häuser, erlebnisreiche Urlaubsreisen, das Leben in einer recht angenehmen Umwelt mit vergleichsweise sauberer Luft und sauberem Wasser sowie bestimmte Bildungs-, Wissens- und Kenntnisdefizite ausgeglichen.

### **Die neuen Bundesländer können aus eigener Kraft das wirtschaftliche Gefälle zum Westen nicht überwinden**

Einige dieser Lücken werden nie zu schließen sein. Sie gehen ein in persönliche Schicksale und in die Geschichte dieses Raumes. Andere, namentlich Lücken im immateriellen Bereich, können und müssen die Menschen in den neuen Bundesländern selbst schließen. Die Voraussetzungen hierfür sind gut, die Fortschritte beachtlich. Die Überwindung des *wirtschaftlichen* Gefälles ist hingegen nur mit Hilfe Dritter möglich. Aus eigener Kraft sind die neuen Bundesländer außerstande, den bestehenden Abstand zwischen West und Ost aufzuholen. Das sei gerade auch in Richtung derer gesagt, die von einem eigenständigen Weg einer freiheitlich-marktwirtschaftlichen DDR träumten. Theoretisch wäre ein solcher Weg zwar möglich gewesen. Praktisch hätte er jedoch in große materielle Bedürftigkeit geführt. Wenige Zahlen mögen dies verdeutlichen.

Zum Zeitpunkt der Wende war das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in der DDR nur geringfügig höher als vor dem Zweiten Weltkrieg, etwa ebenso hoch wie in der Bundesrepublik 1954. Unterstellt, einer freiheitlich-marktwirtschaftlichen DDR wäre es möglich gewesen, ab 1990 den gleichen Wachstumspfad zu beschreiten, den die Bundesrepublik seit 1954 verfolgt, hätte ihr Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt – bei einem fortgesetzten jährlichen Wachstum von real nur 1,5 Prozent in den alten Bundesländern – nach einem halben Jahrhundert erst bei reichlich der Hälfte des westlichen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts gelegen.<sup>4</sup>

Um auch nur dort hinzugelangen, hätten die Menschen in der DDR ihre langjährige Sparquote drastisch erhöhen und während der nächsten Jahre etwa 30 Prozent ihres Bruttosozialprodukts investieren müssen. Die Folge wäre ein deutlicher Rückgang ihrer Verbrauchsquote gewesen. Die Bevölkerung hätte nur etwa halb so viel konsumieren können wie sie gegenwärtig konsumiert. Anders gewendet: Nur dank hoher Transfers aus den Westgebieten ist heute in den neuen Bundesländern nicht nur die Investitionsquote höher als sie in den alten Bundesländern je war,

zugleich können die Menschen im öffentlichen und privaten Bereich auch noch etwa doppelt so viele Güter konsumieren wie dies ohne den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik möglich gewesen wäre.

Aber selbst wenn die Menschen dieser hypothetischen DDR bereit gewesen wären, auf viele Jahre hinaus äußerst bescheiden zu leben – noch bescheidener als vor der Wende – wäre eine weitere Voraussetzung ihres fernen und auch dann nur relativen wirtschaftlichen Erfolges die kurzfristige Verinnerlichung jenes Geistes gewesen, der mit allen Kräften nach Individualisierung, Wettbewerb, Veränderung und der Mehrung materieller Güter strebt. Ob dies möglich gewesen wäre, darf wohl nach allen inzwischen gesammelten Erfahrungen bezweifelt werden. Doch auch damit wäre die schwierigste Hürde noch nicht genommen gewesen: das gegenüber den fünfziger Jahren völlig veränderte außenwirtschaftliche Umfeld. Gerade diese Hürde wird in der gesamten Perspektivdiskussion sowohl in Bezug auf die neuen Bundesländer als auch in Bezug auf Mittel- und Osteuropa sowie die Dritte Welt häufig übersehen.

### **Für wirtschaftliche Aufsteiger ist es schwer, Anschluß an die Gruppe der wirtschaftlich Erfolgreichen zu finden**

Häufig wird so getan als könne jedes Land, sofern es dies wolle – und welches Land will das schon nicht – zu wirtschaftlicher Prosperität aufsteigen. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Zum einen hat ein solcher Aufstieg Voraussetzungen, die zum Teil nur in langen Zeiträumen zu erfüllen sind – zu denken ist hier beispielsweise an eine bestimmte Wirtschafts- und Arbeitskultur. Zum anderen wird er durch den Umstand erschwert, daß es heute einen Kreis von wirtschaftlich arrivierten Ländern gibt, deren Möglichkeiten ungleich größer sind als die Möglichkeiten des Aufsteigers. Jene wirtschaftlich Arrivierten sind so viel wissender und organisierter, effizienter und produktiver, daß es dem Aufsteiger außerordentlich schwer fällt, mit ihnen erfolgreich zu konkurrieren. Daß aber muß er, wenn er zu wirtschaftlicher Prosperität gelangen will.

Hierin unterscheidet sich die heutige Weltwirtschaftslage von früheren Phasen. In früheren Phasen – bis etwa zur Mitte dieses Jahrhunderts – traten potentielle Konkurrenten unter ähnlichen Bedingungen an. Weder der Grad der Kapitalbildung noch der Stand der Technik oder des Managements erlaubten allzu große Unterschiede, auch wenn selbst damals schon die Unterschiede erheblich waren. Heute sind sie jedoch kaum noch überbrückbar.

## **Das Feld der Wettbewerber ist weit auseinander gezogen**

Seit der Mitte dieses Jahrhunderts hat sich das Feld der Wettbewerber immer weiter auseinandergezogen. Die Spitzengruppe bilden die USA, Japan und Deutschland (West) zusammen mit ein paar kleineren Staaten, dicht gefolgt von Ländern wie Frankreich, Großbritannien und einigen anderen. Ihnen folgt in einigem Abstand eine mehr oder minder geschlossene zweite Gruppe, die vorwiegend aus westeuropäischen Ländern gebildet wird. Sodann kommt – in abermals gehörigem Abstand – das langgezogene Feld der Länder Mittel- und Osteuropas – denen auch die neuen Bundesländer zuzurechnen wären, bildeten sie einen eigenen Staat – dichtauf gefolgt von einigen Schwellenländern. Die Nachhut bildet schließlich der stattliche Troß jener, die schon alle Hoffnung haben fahren lassen, jemals noch Anschluß zu finden.

An dieser Reihenfolge hat sich trotz einer Vielzahl von nationalen und internationalen Bemühungen im Laufe der Jahrzehnte bemerkenswert wenig geändert. Zwar hat sich für den einen oder anderen die relative Position geringfügig verbessert oder auch verschlechtert, doch Rückwirkungen auf das Gesamtbild hatte dies nicht. Insbesondere hat sich gezeigt, daß es offenbar äußerst schwierig ist, innerhalb eines überschaubaren Zeitraums zur Spitzengruppe aufzuschließen. Hierzu müßten wohl – zumindest vorübergehend – die Regeln dieses Wettrennens außer Kraft gesetzt werden.

## **Die Regeln des Wettrennens sind zugunsten der neuen Bundesländer vorübergehend außer Kraft gesetzt**

Im Falle der neuen Bundesländer sind sie außer Kraft gesetzt, was ein historisch mindestens so seltener Vorgang ist wie die Vereinigung Deutschlands selbst. Die Menschen in den neuen Bundesländern konnten nicht nur – was nicht in Vergessenheit geraten sollte – eine hochentwickelte, bewährte und für unseren Kulturkreis stimmige politische, wirtschaftliche und soziale Grundordnung übernehmen. Sie werden auch eingeführt in ein Wissen und Können, das sich der Westen hart erarbeitet und bislang wie einen Schatz gehütet hat; sie erhalten die neueste Technik und die neuesten Infrastruktureinrichtungen; Tausende von Menschen mit Erfahrung und Engagement stehen ihnen mit Rat und Tat zur Seite; und sie erhalten Geld – viel Geld. Dies sollte nicht schamhaft verschwiegen werden.

## **In den neuen Bundesländern wird das Bruttosozialprodukt durch Transfers aus dem Westen annähernd verdoppelt**

Von Beginn der Währungs- und Wirtschaftsunion bis zum Ende dieses Jahres wird sich der Nettotransfer von den alten in die neuen Bundesländer – im öffentlichen und privaten Bereich – auf mehr als 400 Milliarden DM belaufen, das entspricht reichlich 27.000 DM pro Kopf der ostdeutschen Bevölkerung. Dieser Transfer ist fast ebenso hoch wie das im gleichen Zeitraum in den neuen Bundesländern erwirtschaftete Bruttosozialprodukt, das heißt in den neuen Bundesländern kann heute annähernd doppelt so viel investiert und konsumiert werden wie dies ohne Transfers möglich wäre.

Von 1993 bis 1995 dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit noch einmal der gleiche Betrag transferiert werden, und auch danach wird der Mittelstrom von West nach Ost keinesfalls abrupt versiegen. Bei zurückhaltendsten Schätzungen wird der Westen den Aufbau des Ostens während der neunziger Jahre mit insgesamt mindestens 1,2 Billionen DM fördern.

## **In den neuen Bundesländern ist längerfristig ein reales Wirtschaftswachstum von 10 Prozent möglich**

Nicht zuletzt aufgrund dieser Transfers könnte in den neuen Bundesländern in den neunziger Jahren ein durchschnittliches reales Wirtschaftswachstum von etwa 10 Prozent erreicht werden. Voraussetzung hierfür wäre allerdings eine Bruttoinvestitionsquote von reichlich einem Drittel des ostdeutschen Bruttosozialprodukts. Eine solche Quote ist hoch, aber keineswegs auszuschließen.

Wüchse das ostdeutsche Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt jahresdurchschnittlich um real 10 Prozent, würde es bei einem Wachstum von beispielsweise durchschnittlich jährlich real 1,5 Prozent im Westen, im Jahre 2000 bei etwa zwei Dritteln des westlichen liegen. Dies würde bei einer östlichen Investitionsquote von weiterhin etwa einem Drittel und einer westlichen Investitionsquote von reichlich einem Fünftel bedeuten, daß dann im Osten relativ etwa ebenso viel und absolut sogar mehr für den Verbrauch erwirtschaftet werden würde als heute nur mit Hilfe von Transfers zur Verfügung steht. Gegenüber heute hätte sich das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt in den neuen Bundesländern auf das zweieinhalbfache erhöht – eine ganz außerordentliche wirtschaftliche Leistung.<sup>5</sup>

Ob diese Leistung tatsächlich erbracht werden wird, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Hier sei nur auf zwei verwiesen: der Veränderungswille der ostdeutschen Bevölkerung und die anhaltende Bereitschaft des Westens, den

Aufbau der neuen Bundesländer in hohem Maße zu fördern. Weder der eine noch der andere Faktor sollte als gegeben unterstellt werden.

### **Voraussetzung für hohe Wachstumsraten ist eine tiefgreifende Veränderung der ostdeutschen Gesellschaft**

Eine Erhöhung des Pro-Kopf-Bruttosozialprodukts auf das zweieinhalbfache bedeutet nämlich, daß die Volkswirtschaft der neuen Bundesländer – auf relativ hohem Niveau – binnen eines Jahrzehnts relativ fast ebenso stark expandieren müßte wie die DDR-Wirtschaft in vierzig Jahren. Absolut müßte in diesem Jahrzehnt ein Bruttosozialprodukt geschaffen werden, das um 50 Prozent oder real eine Billion DM größer ist als das Bruttosozialprodukt, das in den achtziger Jahren in der DDR erwirtschaftet wurde.<sup>6</sup> Ein vergleichbares wirtschaftliches Wachstum hat es in den alten Bundesländern nie gegeben.

Um ein solches Wachstum zu erzielen, müssen sich Individuen und Gesellschaft kompromißlos am Leitbild ökonomischer Effizienz ausrichten. Was das heißen kann, zeigen Gesellschaften wie die sogenannten vier kleinen Tiger Südasiens. Hier mußten individuelle Denk- und Anschauungsweisen von Grund auf geändert, tradierte gesellschaftliche Strukturen zerbrochen und Sozialverbände zumindest gelockert werden. Zum Teil war dies nur mit diktatorischen Mitteln möglich.

Niemand in Deutschland hat die Absicht, zu derartigen Mitteln zu greifen. Ob die Menschen in den neuen Bundesländern jedoch *freiwillig* bereit sind, ihr Leben in erforderlichem Umfang zu verändern, bleibt abzuwarten. Bisher jedenfalls haben sie den Wandel ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung eher erlitten als aktiv gestaltet.

Zweifel an ihrem unbedingten Veränderungswillen scheinen umso begründeter, als inzwischen auch im Westen das Unbehagen an einer primär effizienzorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wächst. Noch sind es Minderheiten, aber es sind rasch wachsende Minderheiten, die ihr Leben nach anderen als Effizienzmaßstäben zu bewerten suchen.

### **Eine anhaltende Transferbereitschaft des Westens kann nicht als gegeben unterstellt werden**

Der zweite Faktor, der nicht als gegeben unterstellt werden sollte, ist die anhaltende Transferbereitschaft des Westens. Zwar ist der Westen zu diesen Transfers objektiv durchaus in der Lage. Mit etwa 1,2 Billionen DM überträgt er in den neunziger Jahren knapp 5 Prozent seines in diesem Zeitraum erwirtschafteten Brutto-

sozialprodukts.<sup>7</sup> Oder anders: Die westdeutsche Bevölkerung überträgt der ostdeutschen in diesem Jahrzehnt den Gegenwert dessen, was sie selbst in den neunziger Jahren von der Aufbaugeneration erben wird. Schon vom nächsten Jahr an dürfte es möglich sein, schrittweise wieder die Einkommens- und Vermögens-einbußen auszugleichen, die der westdeutschen Bevölkerung im Zuge der Vereinigung entstanden sind, und ab etwa der Mitte dieses Jahrzehnts kann auch im Westen – entsprechendes Wirtschaftswachstum unterstellt – erneut ein Anstieg der Realeinkommen über das Niveau von 1990 erwartet werden. Sollte einmal eine Schlußrechnung über die Kosten des Aufbaus der neuen Bundesländer gelegt werden, dürften die Westdeutschen mit rund zwei Billionen DM dabei gewesen sein, zufällig der gleichen Summe mit der der Vermögensrückstand Ostdeutschlands gegenüber dem Westen zu beziffern war.

Trotzdem hieße es die Augen vor der Wirklichkeit verschließen, nicht den zunehmenden Unwillen der westdeutschen Bevölkerung gegen diese Finanztransfers zu sehen. Denn diese Transfers, verbunden mit der Übernahme der Schulden der DDR, haben die Geldentwertung beschleunigt, den Schuldenberg der öffentlichen Hand hedrohlich ansteigen lassen, die westdeutsche Bevölkerung mit der höchsten Steuer- und Abgabenlast aller Zeiten befrachtet und die wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Welt spürbar geschwächt. Deutschland wird geraume Zeit nicht mehr die weltwirtschaftliche Rolle spielen, die die Westdeutschen jahrzehntelang genossen.

### Den Westdeutschen muß der Sinn ihrer Lasten erklärt werden

Schwerer noch als alles dies wiegt jedoch die Tatsache, daß den Westdeutschen bisher keiner erklärt hat, wofür sie diese Lasten tragen. Ganz ohne Zweifel: Die Menschen in den neuen Bundesländern haben bei der Vereinigung Deutschlands die weitaus größeren Probleme zu meistern. Aber sie sind auch motivierter. Noch ist es für sie eine neue Erfahrung, in einem freien Land leben, ihr Leben gestalten und ihren Wohlstand mehren zu können. Der konkrete Alltag hat sich – so bekundet die große Bevölkerungsmehrheit – durch die Einigung positiv verändert.

Nicht so im Westen. Hier erhält der Durchschnittsbürger auf seine Frage, was er eigentlich von der veränderten Lage in Deutschland und Europa hat, keine befriedigende Antwort. Der Verweis auf eine Friedensdividende, die er kaum zu erkennen vermag, der Appell an patriotische Gefühle, die ihm in Jahrzehnten gründlich ausgetrieben worden sind, Freude über die Einheit der Deutschen oder Stolz auf Deutschlands neue Größe – das alles ist viel zu abstrakt und diffus als daß es die Menschen im Breisgau oder am Tegernsee, im Westerwald oder an der Mosel wirklich bewegen könnte. Für sie sind die Mecklenburgische Seenplatte oder die

Niederlausitz, das Elbsandsteingebirge oder der Thüringer Wald und auch die Menschen, die dort leben, sehr weit weg. Hinzu kommt ihre wachsende Sorge, daß nach den neuen Bundesländern die Länder Mittel- und Osteuropas nicht minder dringlich um Hilfe nachsuchen werden, die ihnen eines Tages, im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, auch nicht abgeschlagen werden kann.

Der eine oder andere mag vor der Größe der Umwälzungen in Deutschland und Europa solche Sorgen als kleinlich und buchhalterisch empfinden. Doch sie sind Teil der deutschen Wirklichkeit. Die neuen Bundesländer sollten deshalb davon ausgehen, daß jene vier Fünftel der Deutschen, die in den alten Bundesländern wohnen, schon bald Mittel und Wege finden könnten, die Kosten der deutschen und europäischen Einheit auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Und in einer Demokratie gibt es gegen einen solchen Entscheid keine Berufung. Der Vorwurf des Egoismus verpufft.

Was also sind die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven Deutschlands im Jahre 2 seiner Vereinigung?

**Die Probleme der neuen Bundesländer dürften auf die längerfristigen Perspektiven Deutschlands verhältnismäßig geringfügig einwirken**

Die in den neuen Bundesländern derzeit alles beherrschenden Themen, wie der Zusammenbruch ganzer Wirtschaftsbereiche, hohe Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, schwere Umweltlasten und anderes mehr, sind – noch wenn sie die unmittelbar Betroffenen ganz erfüllen – sowohl räumlich, als auch zeitlich zu begrenzt, als daß sie auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven Deutschlands in den neunziger Jahren nachhaltig einwirken dürften. Für vier Fünftel der Deutschen sind diese Probleme nicht existenziell, sind sie monetarisierbar. Vier Fünftel der Deutschen können sich von ihnen gewissermaßen freikaufen. Ihre Denk- und Anschauungsweisen und mithin ihr Handeln wird von ihnen eher beiläufig berührt und mithin dürften sie auch nur geringe Rückwirkungen auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven des *ganzen* Deutschlands haben.

Aber auch in den neuen Bundesländern dürften diese Themen verhältnismäßig rasch an prägender Kraft verlieren. Wohl befindet sich der ostdeutsche Raum noch auf einer Talsohle, die zu durchschreiten noch einige Zeit beanspruchen wird. Aber schon gegen Ende dieses Jahres dürfte der Wiederaufstieg verbreitet spürbar werden, dürfte die Zahl positiver Nachrichten die Zahl negativer deutlich übersteigen. 1995, fünf Jahre nach der Vereinigung, dürfte das selbsterwirtschaftete Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt in den neuen Bundesländern bei etwa 45 Prozent des

westlichen Pro-Kopf-Bruttosozialprodukts liegen, womit es anderthalbmal so hoch wäre wie bei Fortsetzung des Wachstumspfad der DDR in den achtziger Jahren.<sup>8</sup> Darüber hinaus wird dieses Bruttosozialprodukt – das ist schon heute verlässlich absehbar – qualitativ hochwertiger, international wettbewerbsfähiger und ökologisch verträglicher sein, als es die Güter der DDR waren. Zugleich dürfte sich die Erwerbstätigenquote in den neuen Bundesländern von derzeit 65 Prozent der westlichen auf 70 Prozent erhöhen. Nur ein Phantast kann von solchen Erwartungen enttäuscht sein. Nüchtern betrachtet wäre dies ein höchst eindrucksvolles Ergebnis.

Und auch die Erwartung, daß sich in den neuen Bundesländern bis Ende der neunziger Jahre das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt auf zwei Drittel und die Erwerbstätigenquote auf drei Viertel der westlichen erhöhen dürfte, ist alles andere als Ausdruck von Pessimismus oder gar Anlaß zur Resignation. Mit regionalen Wirtschaftsgefällen dieser Größenordnung hat Deutschland während der längsten Phase seiner Geschichte recht gut existiert. Um 1900 war dies etwa das Gefälle von Sachsen nach Bayern. Im Jahre 2000 könnte es das Gefälle von Bayern nach Sachsen sein. Erschrecken braucht eine solche Vorstellung wohl niemanden.

### **West-Ost-Transfers in Höhe von 1,2 Billionen DM bis Ende dieses Jahrzehnts sind möglich, müssen aber ordnungsgemäß organisiert werden**

Umgekehrt brauchen sich auch die Westdeutschen nicht von der Vorstellung schrecken zu lassen, in diesem Jahrzehnt öffentliche und private Mittel in Höhe von 1,2 Billionen DM gen Osten transferieren zu sollen. Gewiß sind dies annähernd 5 Prozent ihres in den neunziger Jahren erwirtschafteten Bruttosozialprodukts, bzw. zehnmal so viel, wie selbst großzügige Länder – im Rahmen der Entwicklungshilfe – üblicherweise Dritten zur Verfügung stellen. Doch diese zweifellos beachtliche Leistung können die Westdeutschen erbringen, ohne ihre Denk- und Handlungsweisen radikal umstellen zu müssen. Allerdings muß der öffentliche Transferbedarf endlich in seinem ganzen Umfang aufgedeckt und seine Aufbringung ordnungsgemäß organisiert werden. Ferner muß dem Mann auf der Straße verständlich gemacht werden, wozu er Verzicht üben soll – denn Verzicht muß er üben. Hier haben nicht zuletzt die Menschen in den neuen Bundesländern eine gewisse Bringschuld, was mit Bittgängen nicht das geringste zu tun hat.

## **Deutschland kann nur als Teil eines größeren Ganzen die Zukunftsaufgaben meistern**

Doch für das Denken und Handeln der Deutschen ungleich prägender als diese zeitlich und räumlich vergleichsweise begrenzte Ost-West-Problematik dürften in den neunziger Jahren jene Einflüsse sein, auf die eingangs hingewiesen wurde: Entwicklungen in Europa vom Atlantik bis zum Ural, die Einbindung Deutschlands in den Westteil dieses Kontinents, die Fähigkeit der Deutschen – und seiner Nachbarn – Herausforderungen gemeinschaftlich zu meistern, kurz: das Bewußtsein, nur ein recht kleiner Teil eines größeren Ganzen zu sein. Das Denken und Handeln der Deutschen dürfte ferner geprägt werden, von der um sich greifenden Erkenntnis, wie rasch dieses Volk altert und zahlentiräufig scharumpft, und wie noch in diesem Jahrzehnt möglicherweise Millionen von Zuwanderern aufgenommen werden müssen. Schließlich könnte ihr Denken und Handeln schlagartig durch Veränderungen im Umweltbereich eine völlige Neuorientierung erfahren.

## **Niemand weiß, welcher Geist das Denken und Handeln der Deutschen künftig bestimmen wird**

Noch bedeutender für das Denken und Handeln der Deutschen und damit für die Perspektiven Deutschlands in den neunziger Jahren ist jedoch etwas anderes: der Geist, in dem sich dieses Volk diesem Jahrzehnt stellt. Ist es weiter der Geist, der die Westdeutschen jahrzehntelang in der Gruppe der Weltmeister mitlaufen ließ? Oder ist es ein Geist, der sich auch mit einem Platz im Mittelfeld begnügt? Niemand vermag das zu sagen. Nur soviel ist sicher: Sollten die Menschen in den neuen Bundesländern – aus was für Gründen auch immer – nicht mit vollem Einsatz mitlaufen, wird der Platz in der Spitzengruppe nicht zu halten sein, gleichgültig wie sich die Westdeutschen austengen. Dabei ist keinesfalls sicher, daß sich die Westdeutschen so anstengen würden wie hisher. Es bedarf nicht viel, sie zu einer langsameren Gangart zu bringen. Denn die Zahl derer, die in vierzig Jahren wirtschaftlicher Höchstleistungen müde geworden sind, ist erheblich.

## **Das Wiederaufleben regionaler Unterschiede ist möglich**

Sollte diese Müdigkeit im Westen weiter um sich greifen und die Menschen in den neuen Bundesländern den Geist, in allem ganz vorn sein zu wollen, nicht bald uneingeschränkt verinnerlichen, könnten noch in diesem Jahrzehnt sowohl im Westen als auch im Osten alte regionale Unterschiede wieder aufbrechen. Denn nichts hat den Westdeutschen in den zurückliegenden vierzig Jahren mehr Profil gegeben, sie mehr geeint als dieser Geist. Ohne ihn werden die Regionen ihre alten

## Wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven Deutschlands

Stärken und Schwächen wieder entdecken und ihre eigenen Maßstäbe für Erfolg und Mißerfolg bestimmen. Die Alemannen werden sich an ihren Erfindungsreichtum, Rheinländer, Westfalen und Sachsen an ihre Wirtschaftsgesinnung oder Niedersachsen, Mecklenburger und Pommern an ihre Bodenständigkeit erinnern. Eine Gefahr für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven Deutschlands in den neunziger Jahren? Vielleicht. Aber sicher auch eine Chance für ein perspektivenreiches Deutschland und Europa.

- \* Vortrag aus Anlaß der Eröffnung der Leipziger Niederlassung des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG) Bonn am 9. April 1992.
- 1 Infolge von Krieg und Demontagen wurden die Industriekapazitäten Ostdeutschlands auf weit weniger als die Hälfte des Stands von 1939 dezimiert. Hinzu kamen der Verlust von Infrastruktur-einrichtungen sowie erhebliche Entnahmen der Sowjetunion aus der laufenden ostdeutschen Produktion. Insgesamt wurden der wirtschaftlichen Basis der DDR in den Nachkriegsjahren von der Sowjetunion Werte in Höhe von rund 100 Milliarden DM entzogen. Darüber hinaus wurde der wirtschaftliche Aufbau durch die negativen Folgen der Bodenreform und die außenwirtschaftliche Isolierung noch zusätzlich behindert. Im einzelnen vgl. Merkel/Wahl, Das geplünderte Deutschland – Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands von 1949 bis 1989, Bonn 1991, S. 14-19.
- 2 Insgesamt verließen in den fünfziger Jahren rund 1,9 Millionen Menschen, d.h. mehr als ein Zehntel der Bevölkerung, die DDR. Vgl. ebenda, S. 20 und 68-75.
- 3 Die hier vorgenommene Schätzung des Volksvermögens basiert auf einer Nettovermögensbeurteilung, bei der der Vorjahresendbestand jeweils um den Bruttovermögenszugang des laufenden Jahres abzüglich der laufenden Abschreibungen fortgeschrieben wird. Sämtliche Bestände, Zugänge und Abschreibungen wurden jeweils in Preisen von 1990 bewertet. Der hier verwendete Begriff des Volksvermögens umfaßt das reproduzierbare Sachvermögen, also das Nettoanlagevermögen, die Vorratsbestände sowie das Gebrauchsvermögen der privaten Haushalte, und das Finanzvermögen, d.h. die Nettoauslandslagerung der Volkswirtschaft. In dieser Abgrenzung dürfte das Nettovolksvermögen in den alten Bundesländern Ende 1990 etwa 10 Billionen DM (pro Kopf knapp 160.000 DM) betragen haben. Dem dürfte unter Berücksichtigung des beträchtlichen Abschreibungsbedarfs auf den vorhandenen Kapitalstock sowie der zur Angleichung der Umweltbedingungen erforderlichen Sanierungsmaßnahmen ein Nettovolksvermögen von 400 bis 450 Milliarden DM (pro Kopf ca. 27.000 DM) in den neuen Bundesländern gegenübergestanden haben. Nicht berücksichtigt sind in diesen Werten die immateriellen Güter, wie insbesondere Lizenzen und Patente sowie das Humankapital, deren Quantifizierung auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen würde. Auch in diesem Bereich dürften jedoch die alten Bundesländer einen zumindest ähnlich hohen Vermögensvorsprung aufweisen.
- 4 Folgte die DDR unter diesen Voraussetzungen dem Wachstumspfad, den die alten Bundesländer zwischen 1954 und 2040 beschreiten, würde sich ihr reales Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt zwischen 1990 und 2040 vervierfachen. Da sich jedoch das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in den alten Bundesländern bei einem jährlichen realen Wachstum von 1,5 Prozent zwischen 1990 und 2040 weiter mehr als verdoppeln würde, würde das ostdeutsche Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt bezogen auf das westdeutsche Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in fünfzig Jahren von rund 30 Prozent im Jahr 1990 auf lediglich 58 Prozent im Jahre 2040 steigen.
- 5 Unter der Annahme, daß die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland bis zum Jahr 2000 konstant bleibt und das reale westdeutsche Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von 1992 bis zum Jahr 2000 im Durchschnitt um 1,5 Prozent jährlich wächst, müßte im Osten das reale Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich reichlich 10 Prozent pro Jahr zunehmen, damit im Jahr 2000 im Osten pro Kopf

---

## Meinhard Miegel

rund zwei Drittel des westdeutschen Pro-Kopf-Bruttosozialprodukts erwirtschaftet werden. Um den dafür erforderlichen ostdeutschen Investitionsbedarf zu bestimmen, wird ein durchschnittlicher Nettokapitalkoeffizient von 2,5 vorausgesetzt. Aufgrund des niedrigen Wertes des vorhandenen ostdeutschen Kapitalstocks kann davon ausgegangen werden, daß die Kapitalproduktivität im Osten im Durchschnitt in etwa den westdeutschen Verhältnissen in den fünfziger Jahren entspricht und damit wesentlich höher ist als im Vergleichszeitraum in den alten Bundesländern, für die ein durchschnittlicher Nettokapitalkoeffizient von 3,2 zugrundegelegt wird. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Abschreibungen und der Vorratsveränderungen ergibt sich bezogen auf das Bruttosozialprodukt eine Bruttoinvestitionsquote von jahresdurchschnittlich reichlich einem Drittel. Unterstellt, daß Gesamtdeutschland gegenüber der übrigen Welt eine im Durchschnitt ausgeglichene Leistungsbilanz anweist (außenwirtschaftliches Gleichgewicht), könnte der öffentliche und private Verbrauch somit knapp 67 Prozent des ostdeutschen Bruttosozialprodukts betragen.

- 6 Bei einem jährlichen realen Pro-Kopf-Wachstum von reichlich 10 Prozent würden in den neunziger Jahren in den neuen Bundesländern Güter und Dienstleistungen im Werte von insgesamt 3,1 Billionen DM erwirtschaftet. Demgegenüber betrug das Bruttoinlandsprodukt in der DDR während der achtziger Jahre insgesamt nur 2,1 Billionen DM (alles in Preisen von 1991). Vgl. auch Merkel/Wahl, a.a.O., S. 53.
- 7 Bei einem realen Pro-Kopf-Wachstum des Bruttosozialprodukts von 1,5 Prozent in den neunziger Jahren würden in den alten Bundesländern insgesamt Güter und Dienstleistungen im Werte von knapp 28 Billionen DM erwirtschaftet.
- 8 Das reale Wirtschaftswachstum in der DDR betrug während der achtziger Jahre jahresdurchschnittlich 0,6 Prozent. Bei Fortsetzung dieses Wachstumspfad und einem jahresdurchschnittlichen realen Wachstum von 1,5 Prozent in den alten Bundesländern wäre das ostdeutsche Bruttosozialprodukt pro Kopf bezogen auf das westdeutsche Bruttosozialprodukt von rund 33 Prozent im Jahre 1989 im Jahr 1995 auf knapp 29 Prozent abgesunken.